

Eric Iwanski

Die Vereinnahmung des Raums. Ortsumbenennungen im Nationalsozialismus 1933 bis 1939

Während des Nationalsozialismus wurde unzähligen Siedlungen ein neuer Name verliehen, um das durch die Nationalsozialisten als „fremd“ diffamierte Namengut zu tilgen. Ortsnamen als Zeugnisse der Siedlungsgeschichte widersprachen der Vorstellung einer germanisch-deutschen Dauerbesiedelung in weiten Teilen Europas, wie sie die Nationalsozialisten propagierten. Folglich sollte die Ortsnamenlandschaft im Sinne der nationalsozialistischen Hegemonialansprüche angepasst werden. Anhand der daraus resultierenden Ortsnamenpolitik lässt sich die ideologische Durchdringung des „Dritten Reiches“ in unterschiedlichen Handlungsfeldern und auf verschiedenen Ebenen herausarbeiten: Akteure aus Politik, Verwaltung, Kultur und Militär von der Reichs- bis auf die Kommunalebene und ihre Interaktionen, Verstrickungen und Konkurrenzen werden ersichtlich. Dadurch treten ideologische, aber auch realpolitische Widersprüche des Nationalsozialismus und mitunter konträr stehende Interessengruppen im System zutage. Während einige Umbenennungen durch Stellen wie den Reichsstatthalter gefordert wurden, entsprangen andere der Eigeninitiative lokaler Akteure und Gemeindevertreter. Durch die Ortsnamenpolitik stellte sich zudem die Frage, welcher Raum kommunalen Interessen und Selbstbestimmungsbestrebungen in einem Staat mit einem Alles durchdringendem Anspruch zugesprochen werden konnte. Ebenso wurden über Ortsnamen für den Nationalsozialismus so bedeutsame Kategorien wie Heimat, Identität und Zugehörigkeit verhandelt. Die Radikalität der Ortsnamenpolitik variierte in den Gebieten des Reiches stark; eine Auseinandersetzung mit den umbenannten Siedlungen ermöglicht es, die regionalen Facetten des Nationalsozialismus herauszuarbeiten und zu vergleichen. Ortsnamen stehen im Spannungsfeld von Ideologie und Pragmatik und können so zur Charakterisierung des Nationalsozialismus beitragen. Im Gegensatz zum sonst für die Ortsnamenforschung üblichen sprachwissenschaftliche Blick wird im Dissertationsprojekt ein neuer Zugriff gewählt und eine verwaltungs- und kulturgeschichtliche Perspektive eingenommen, um den Zusammenhang von Namen und Politik im nationalsozialistischen Deutschland in seinen Grenzen von 1939 herausarbeiten zu können.